

Arbeiter

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vereinfachung der Lohnsteuer.

Erleichterung der Erstattungen für 1925.

Der Reichstag hat in seiner heutigen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung der Lohnsteuer angenommen. Dieses Gesetz, das auf dem vor kurzem gestellten sozialdemokratischen Antrag zurückgeht, vereinfacht 1. die Anträge auf Erhöhung der Werbungskosten und Sonderleistungen und 2. die Anträge auf Erstattung wegen Verdienstaussfall im Kalenderjahr 1925.

Nach den bisherigen Bestimmungen war eine Erhöhung des Werbungskostenjahres von monatlich 20 M. möglich, auch wenn die Sonderleistungspauschale noch nicht vollausgenutzt war, und umgekehrt. Auf Grund dieser Zweiteilung, auf die sich die Regierung bei ihrer Schaffung im August 1925 sehr viel zugute tat, ging bei den Finanzämtern eine derart große Zahl von Erhöhungsanträgen ein, so daß das Veranlagungsgeschäft bei den anderen Steuern gefährdet wurde. Um die Zahl dieser Anträge einzubändigen, bringt daher das Gesetz eine Zusammenziehung der Werbungskosten und Sonderleistungen in einen Pauschbetrag von monatlich 40 M. Erhöhungen sind auf Antrag danach also nur noch möglich, wenn die tatsächlichen Aufwendungen des Steuerpflichtigen hierfür den Gesamtbetrag von monatlich 40 M. übersteigen. Das bedeutet eine Erleichterung der Anträge, ist aber gerechtfertigt, weil die Trennung von Werbungskosten und Sonderleistungen keinen sachlichen Grund hat. Zudem ist die Bestimmung vorläufig ohne Bedeutung, da sie erst für das Kalenderjahr 1927 gilt.

Von großer gegenwärtiger Bedeutung ist aber die Vereinfachung des Verfahrens bei den Anträgen auf Erstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer wegen Verdienstaussfall infolge Erwerbslosigkeit, Krankheit, Streik, Aussperrung usw. Infolge der dreimaligen Änderung der Lohnabzugsbestimmungen im vergangenen Jahre hatte sich hier ein unangenehmer Zustand herausgebildet. Die Erstattungsrechnungen waren so schwierig, daß selbst die Finanzämter sie nicht richtig anwendeten und viele Steuerpflichtige durch falsche Berechnungen geschädigt worden sind. Die bei den Anträgen einzureichenden Unterlagen waren so umständlich zu beschaffen, daß vielen Arbeitern die Ausnutzung ihres Anspruchs unnötig erschwert oder gar unmöglich gemacht wurde. Zudem gingen mit wachsender Erwerbslosigkeit Millionen von Anträgen ein, deren ordnungsgemäße Bearbeitung die gesamte Veranlagungsarbeit der Finanzämter lahmlegen drohte.

Gegenüber dem bisherigen Zustand bringt nun das neue Gesetz

folgende grundsätzliche Vereinfachung: Bisher wurde der Erstattungsbetrag auf Grund genauer Ermittlung des verdienten Lohnes und der gezahlten Steuer in jedem Fall besonders berechnet, und zwar entsprechend den drei im vergangenen Jahr in Geltung gewesenen Bestimmungen auf dreierlei Art. Künftig ist nur noch eine Erstattungsrechnung erforderlich und diese Berechnung erfolgt nicht mehr für jeden Fall besonders, sondern an Hand von Pauschbeträgen, die keine Rücksicht auf die Höhe des Lohnes nehmen und nur nach dem Familienstand des Steuerpflichtigen abgestuft sind. Für jede volle Woche des Verdienstaussfalls wird erstattet:

- a) bei einem ledigen, kinderlos verheirateten oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmer einen Betrag von 2 Rmf.,
- b) bei einem verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit einem oder zwei minderjährigen Kindern einen Betrag von 2,50 Rmf.,
- c) bei einem verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit mehr als zwei minderjährigen Kindern einen Betrag von 3 Rmf.

Hierbei werden 8 volle Stunden einem Tag, 6 volle Tage einer Woche und 4 volle Wochen einem Monat gleichgestellt. Für den Familienstand ist der Stand vom 10. Oktober 1925 maßgebend.

Die Vorteile dieser neuen Bestimmungen sind: 1. der Arbeiter braucht keine Bescheinigung mehr über die Höhe des verdienten Lohnes; 2. er braucht nur noch eine Bescheinigung über die gezahlte Steuer; 3. er braucht nur noch eine Bescheinigung über die Dauer des Verdienstaussfalls. Eine weitere Erleichterung besteht darin, daß als Nachweis des Verdienstaussfalls bei Krankheit, Aussperrung oder Streik die Erwerbslosenkontrolle, eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge des Arbeitgebers, insbesondere aber des Berufsverbandes anerkannt wird. Dagegen soll sich nicht vermeiden lassen, daß die vierteljährlichen Erstattungen beseitigt wurden, so daß künftig nur noch Anträge für das ganze Jahr gestellt werden können.

Das Gesetz tritt mit dem Tage, der auf seine Verkündung im Reichsgesetzblatt folgt, in Kraft. Die Frist für die Anträge für 1925 ist bis zum 30. April 1926 verlängert worden. Die neuen Vorschriften gelten nicht für die Erstattungen, die bereits bei dem Inkrafttreten des Gesetzes zu entschädigen waren.

Erwerbslose und Reichstag.

Die heutige Sitzung.

Der Reichstag verabschiedete in seiner heutigen Sitzung zunächst den Gesetzentwurf über die Vereinfachung der Lohnsteuer, der auf einen sozialdemokratischen Antrag zurückgeht, nach den Beschlüssen des Ausschusses ohne Aussprache. Wir berichten über den Inhalt der Vorlage an anderer Stelle.

Auch das deutsch-französische Handelsabkommen wird in zweiter und dritter Beratung debattiert.

Erwerbslose und Kurzarbeiter.

Es folgt die Beratung der Beschlüsse des Reichstages Sozialen Ausschusses und des Haushaltsausschusses über die Anträge zur Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung. Berichterstatter ist

Abg. Kuffhäuser (Soz.):

Die Beratungen begannen zu einer Zeit, wo die ersten Auswirkungen der großen Wirtschaftskrise sichtbar wurden. Leider seien dabei auch vielfach kleinliche politische Gesichtspunkte zum Ausdruck gekommen. Das Reichstagsabkommen habe wiederholt in die Verhandlungen eingegriffen. Was endlich erreicht wurde, bedeute immerhin einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, insbesondere habe die Unterstützung der Kurzarbeiter eine grundsätzliche Bedeutung. Nachdem der Reichstagskanzler mitgeteilt hatte, daß die Frage der einmaligen Beihilfe das Kabinett beschäftigen werde, seien die darauf bezugnehmenden Anträge zurückgestellt worden. Der Ausschuß habe den bringenden Wunsch, daß die Vorlage zur Erwerbslosenunterstützung bald vorgelegt werde.

Abg. Dismann (Soz.):

weil darauf hin, daß die Sozialdemokratie schon bei Beginn der Krise die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung verlangt habe. Unsere damalige Voraussage, daß die Zahl der Erwerbslosen sich bald vermehren werde, und daß daher vorliegende Maßnahmen getroffen werden müßten, seien nicht beachtet worden. Sprunghaft sind dann die Zahlen der Erwerbslosen gestiegen, bis sie Ende Januar weit über zwei Millionen betragen. Welche Unsummen von menschlichem Elend verbirgt sich hinter diesen Ziffern! (Sehr richtig bei den Soz.) Dabei sind hier nur die Hauptunterstützungsempfänger berücksichtigt.

Die Verhandlungen im Sozialpolitischen Ausschuss wurden immer wieder hinausgezögert, lange Zeit war nur eine geschäftsführende Regierung da, die nichts getan hat. Die Sozialdemokratie verlangte die Erhöhung der Unterstützungssätze für die Hauptunterstützungsempfänger um 30 v. H., die Familienzuschläge um 15 v. H., im Höchstbetrage um 15 v. H., ferner daß die Unterstützung den Erwerbslosen für die Dauer der Arbeitslosigkeit zu gewähren sei. Um die Durchführung dieser Forderungen zu verhindern, erschien der Reichstagskanzler wiederholt in höchstgelegener Person im Ausschuss. Er verhinderte sogar die Annahme der gewiß beschriebenen Zugeländnisse der bürgerlichen Parteien. Für das, was jetzt vorliegt, trifft das Sprichwort: „Was lange währt, wird gut“ nur in ganz beschämendem Maße zu, es wird noch abgeschwächt durch eine jetzt vorliegende Entschärfung der bürgerlichen

Parteien, monach der Mißbrauch der Arbeitslosenunterstützung bei Arbeitskämpfen verhindert werden solle. (Hört! hört!)

Mit dem Erreichten können wir uns in keiner Weise zufrieden geben.

Die deutsche Krise ist nur ein Teil der europäischen Krise, die nicht isoliert von den Verhältnissen außerhalb Deutschlands gelöst werden kann. Wenn man aber jetzt so viel von der Anturteilung der Wirtschaft spricht, so muß man daran denken, daß das wichtigste Glied der Wirtschaft der arbeitende Mensch ist, dessen Existenz erhalten bleiben muß.

Reichsrat und Kurzarbeiterfürsorge.

Beschluß gegen die Reichsregierung.

Der Reichsrat hielt heute mittig unter dem Vorsitz des Arbeitsministers Dr. Brauns eine öffentliche Vollversammlung ab, in der die Beratung über die Kurzarbeiterfürsorge auf der Tagesordnung stand. Die Ausschüsse des Reichsrats hatten einige Veränderungen vorgenommen. Gestrichen wurde die Bestimmung, monach der Anteil der Gemeinden an dem Aufwand der Kurzarbeiterfürsorge auf ein Sechstel festgesetzt wird. Ein Vertreter der Reichsregierung beantragte, diese Bestimmung wieder herzustellen. Mit 37 gegen 26 Stimmen beschloß jedoch der Reichsrat, an der Streichung festzuhalten. Die Gesamtverordnung wurde nach den Ausschußbeschlüssen angenommen, dazu noch eine Entschärfung, in der erklärt wird, daß es den Ländern nicht möglich sei, die neuen Lasten zu tragen, die ihnen durch Einführung der Kurzarbeiterfürsorge und die Erhöhung der Sätze der Erwerbslosenunterstützung auferlegt werden.

Friedensmiete frühestens 1. Juli 1926!

Beschluß des Steuerausschusses.

Der Steuerausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Sonntag mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Hinausschiebung des Termins für Einführung der Friedensmiete in den einzelnen Ländern. Infolge der steigenden Wirtschaftskrise haben die Länder die Miete in den letzten Monaten nicht wesentlich erhöht, so daß sie zum Teil noch wesentlich hinter 100 Proz. zurückbleibt. Preußen erhebt eine Miete von 84 Proz., Hamburg 85 Proz., Baden 86 Proz., Sachsen und Bayern von 87 Proz., nur ein einziges Land, Lübeck, hat bisher die 100 Proz. erreicht.

In der Aussprache wurde vom Reichsfinanzminister Dr. Reinhold der Einwand erhoben, die Annahme des sozialdemokratischen Antrages würde das Finanzprogramm der Länder und Gemeinden in Unordnung bringen und auch ihr Bauprogramm gefährden.

Das Zentrum beantragte, den Termin für die Einführung der Friedensmiete auf den 1. Juli 1926 festzusetzen. Dieser Antrag wurde nach Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten, Kommunisten und zwei Deutschnationalen angenommen. Der Zwang des Reiches auf Einführung der Friedensmiete bis zum 1. April 1926 dürfte also somit in Fortfall kommen, so daß die Länder selbst zu bestimmen haben, in welchem Tempo sie die Friedensmiete bis zum 1. Juli 1926 einführen gedenken.

„Gedankenfrage“ in Japan.

Der Sozialismus als Idee.

(Von unserem japanischen Mitarbeiter.)

Tokio, Ende Januar.

„Gedankenfrage“ ist eine wörtliche Uebersetzung des in Japan jetzt sehr gebräuchlichen Wortes „Shiso-mondai“. Es ist vielleicht unmöglich, einem Ausländer einen klaren Begriff von dem geistigen Gehalt dieses Ausdrucks zu geben. Aber diese eigentümliche Frage ist eine der größten Zeitfragen in Japan. Die „Gedankenfrage“ bedeutet die Frage des „gefährlichen“ Gedankens, der für den Bestand der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung Japans eine Drohung bedeutet. Alle Gelehrten untersuchen diese Frage, alle Staatsmänner wollen die Lösung voraussehen, und die Polizisten sind mit Verfolgung dieser Frage beschäftigt. Jeden Tag, in jeder Zeitung kann man Artikel oder Notizen mit Ueberschriften „Gedankenfrage“ finden, handele es sich um polizeiliche Verfolgungen oder um Verteidigungsschriften von Fachleuten.

Unter gefährlichen Gedanken werden anderwärts zwei Richtungen verstanden, eine sozialistische und eine andere, die falschistische. Aber nach dem heftigen gewöhnlichen Gebrauch versteht man unter diesem Worte nur die links gerichteten Ideen, wie Sozialismus, Kommunismus, Bolschewismus, Syndikalismus und Anarchismus. Das japanische Publikum ist noch nicht so weit, zwischen diesen Ideen Unterschiede zu machen, und das Wort „Sozialismus“ vertritt zugleich auch andere Linksideen, ungeachtet dessen, daß manche von ihnen ideell ganz im Gegenpol des Sozialismus stehen.

Wie das Wort „Gedankenfrage“ erkennen läßt, bleibt der Sozialismus in Japan noch eine Frage der Idee, er ist noch nicht der Grundgedanke, der eine Massenbewegung führt. Der Sozialismus in diesem Lande hat noch viel akademischen und ideologischen Charakter. Die Diskussionen, die hier für oder gegen die soziale Bewegung, die Arbeiterbewegung u. a. gemacht werden, sind Erörterungen über den Sozialismus und Marxismus als die Ideen und nicht über die Massenbewegung selbst. Auch die Staatsmänner, die eigentlich am meisten realistisch sein sollen, bestreben sich, die Theorien von Marx, Kautsky und Lenin anzugreifen und sagen wenig über die tatsächliche Bewegung. Auch die Polizei verfolgt die Ideen, die sozialistischen Reinungsäußerungen. Die japanischen Gesetze gegen den Sozialismus sind in vielen Punkten auch sehr ideologisch konstruiert und akademisch.

Der Sozialismus in Japan befindet sich noch im Zeitalter der Begriffsspielerei und die tatsächliche Arbeiterbewegung noch in ihrer Kindheit. Die Führer der Bewegung sind ideell sehr viel weiter vorgerückt als die Massen. So erscheint die sozialistische Bewegung als ein Körper, dessen Glieder zu dem stark entwickelten Kopf noch nicht im richtigen Verhältnis stehen. Sie sind zu schwach. Eine große Kluft besteht zwischen den Führern und Massen, und man sieht noch nicht, wie sie sich schließen soll. Die Ungesundheit dieses Zustandes wird auch durch die Tatsache bewiesen, daß es noch keine politische Arbeiterpartei in Japan gibt, aber schon wiederholte Spaltungen unter den Agitatoren für Organisation der Partei. Unter den japanischen Arbeiterführern sind die Schüler Saint-Simons bis zu denen Lenins kunterbunt vertreten, ihre Weltansicht übertrifft den früheren Zustand in Europa in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts.

Erst vor 60 Jahren wurde Japan vom Feudalismus befreit. Es befindet sich heute noch im Stadium der fleißigen Einfuhr westlich-liberaler Kultur. Man ist auf das lebhafteste damit beschäftigt, das zu kopieren, was im Abendland an immer neuen Erscheinungen hervortritt. Aber zur tieferen geistigen Verarbeitung hat man bisher die Zeit noch nicht gefunden. Bei diesem Zustand bleibt es denn auch unmöglich, daß die eingeführte Idee in kurzer Zeit zum Prinzip der konkreten Aktion wird. Der westliche Sozialismus ist als eine natürliche Folge aus den tatsächlichen sozialen Verhältnissen entstanden, aber in Japan ist er noch vorläufig nur erst als eine Weisheit eingeführt.

So ähnlich steht es auch mit allen anderen kulturellen Erscheinungen in Japan. Z. B. die Gesetze, die den tatsächlich gegebenen sozialen Zustand kodifizieren und bestimmten gesellschaftlichen Uebersetzungen Ausdruck geben sollen, sind in diesem Lande plötzlich eingeführte Formen, nach denen sozialer Zustand und die gesellschaftliche Uebersetzung sich fügen sollen. Nach in der Revolutionszeit in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat man sich hier wenigstens bestrebt, nach der Einführung der Formen gleich den sozialen Inhalt umzugestalten. Aber jetzt, wo so viel Neues im Westen entsteht, findet man keine Zeit mehr, den eingeführten Formen die entsprechenden Inhalte zu geben.

Die Emanzipation der Arbeiterklasse in Japan ist wirklich noch eine „Gedankenfrage“. Wenn auch eine Anzahl der vorgezeichneten Arbeiter schon den ersten konkreten Schritt nach dieser Richtung getan hat, so bleibt die Bewegung im ganzen immer noch ein Schöpfung. Aber wie dieses Land den westlichen Kapitalismus in erstaunlich schnellem Tempo eingeführt hat und schon einigermaßen organisch in sich aufgenommen hat, so wird auch, darf man hoffen, die Befreiungsbewegung der Arbeiterklasse in verhältnismäßig kurzer Zeit hier einwurzeln. Das universale Entwicklungsgesetz des Marxismus kennt keine Ausnahme für Japan.

Amerika und Mussolini.

Opposition gegen das Schuldenabkommen Mellon-Volpi.

Seit einigen Tagen mehren sich die Nachrichten aus Amerika über eine wachsende Opposition im amerikanischen Volke gegen die Ratifizierung des im November 1925 abgeschlossenen Abkommens zur Regelung der italienischen Schulden an die Vereinigten Staaten. Die zwischen dem italienischen Delegierten Volpi und dem Staatssekretär Mellon vereinbarte Regelung ist allgemein als für Italien sehr günstig empfunden worden, zumal kurz vor dem Ausbruch der französischen Delegation in einer gleichartigen Mission gescheitert war. Es ist ein vollkommener Wandel an der Lage, daß das faschistische Italien unvergleichlich besser in Washington behandelt worden ist, als das demokratische Frankreich.

Mussolini hat dank dem Schuldenabkommen Mellon-Volpi einen außenpolitischen Erfolg ersten Ranges buchen können, den er innenpolitisch rücksichtslos ausgenutzt hat. Gestützt auf diesen Erfolg hat er den „überfaschistischen“ Kurs in Italien selbst proklamiert und durchgeführt, gleichzeitig aber hat auch die Aera der außenpolitischen Provokationen gegen die Nachbarn Italiens begonnen, nicht nur gegen das entwaffnete Deutschland und gegen das hilflose Deutschösterreich, sondern auch gegen Frankreich. Es muß dem amerikanischen Volke in aller Sachlichkeit gesagt werden, daß die Gewährung eines günstigen Schuldenabkommens an die Regierung Mussolini eine schwere moralische Niederlage für die Demokratie in Europa — ohne Unterschied des Landes — gewesen ist. Mussolini spielt heute in Europa, vielleicht in noch schlimmerem Maße, die Rolle, die Wilhelm II. in der Vorkriegszeit gespielt hat. Nach seinen jüngsten rednerischen Leistungen gegen Deutschland haben englische liberale Blätter gegen ihn den Ausdruck „mad dog“ (toller Hund) mit vollem Recht geprägt. Jeder amerikanische Bürger muß wissen, daß er mit der Zustimmung zur Ratifizierung des Mellon-Volpi-Abkommens eine Prämie dem kriegslüsteren faschistischen Imperialismus erteilt. Ohne es zu wollen, macht er sich daher mitschuldig an der Schürung eines kommenden neuen europäischen Krieges. Er macht sich ferner unbewußt heute schon mitschuldig an der mittelalterlichen Entdeutschungspolitik Mussolinis gegen die westlichen deutschen und jugoslawischen Minderheiten auf italienischem Boden. Er macht sich mitschuldig an der grausamen Unterdrückung aller innenpolitischen Gegner des Faschismus, der katholischen Volkspartei, der Demokraten, der freien Gewerkschaften, der Freimaurer und der Sozialisten.

Der amerikanische Bürger, der seine Zustimmung zu diesem Schuldenabkommen erteilt, unterstützt materiell und moralisch ein Regime der Unterdrückung aller demokratischen Freiheiten, ein Regime, das er im eigenen Lande keine fünf Minuten dulden würde. Die Ablehnung der Ratifizierung des Mellon-Volpi-Abkommens würde dagegen der stärkste moralische Schlag für den Faschismus sein.

Im Interesse der europäischen Demokratie muß man darum hoffen, daß die Opposition gegen die Ratifizierung des italienisch-amerikanischen Schuldenabkommens von November vorigen Jahres so stark wachsen wird, daß das Washingtoner Kabinett sich der großen Traditionen des eigenen Landes erinnern wird. Es wäre ein grausamer Biß der Weltgeschichte, wenn durch das Washingtoner Schuldenabkommen der Name eines der edelsten Vorkämpfer für die Freiheit der Völker, George Washington, mit dem Namen Mussolinis, des Unterdrückers aller Freiheiten, verknüpft bliebe. Umgekehrt muß Washington Europa von Mussolini befreien!

Coolidge und die Opposition.

Washington, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Frage der Ratifizierung des italienisch-amerikanischen Schuldenabkommens spitzt sich der Gegensatz zwischen der Regierung und

einem nicht unbeträchtlichen Teil des Senats unter Führung von Borah immer mehr zu. Die Opposition macht sich sowohl im republikanischen wie im demokratischen Lager geltend und entspringt ausschließlich der Abneigung gegen die Gewaltspolitik Mussolinis. Sie macht sich in den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung bemerkbar, im Ku-Klux-Klan, in den Freimaurerlogen, in den kirchlich-liberalen Organisationen und nicht zuletzt in den Arbeitergewerkschaften.

Indessen versucht die Regierung, die sich durch die Unterzeichnung des Abkommens durch den Staatssekretär Mellon außenpolitisch engagiert fühlt, und die einen Teil der Hochfinanz unter Führung der Morgan-Gruppe hinter sich hat, einen starken Druck auf den Senat auszuüben. Präsident Coolidge hat gestern einen Sonderboten zu den Führern der Opposition entsandt, um sie zu einer ständigen Stellungnahme gegenüber dem Mellon-Volpi-Abkommen zu bewegen, hat aber bisher nur eine Verfestigung ihres Widerstandes erreicht. Auch Pressevertretern gegenüber hob Coolidge hervor, daß das Abkommen das Ergebnis eingehender Prüfungen durch Sachverständige sei, und erklärte, daß durch seine Ablehnung vielleicht die letzte Gelegenheit verloren ginge, überhaupt etwas von Italien herauszubekommen. Auf das Argument, daß sich Mellon Italien gegenüber zu entgegenkommend gezeigt habe, erwiderte der Präsident mit einem Hinweis auf das zwanzigjährige Moratorium, das von den Vereinigten Staaten sogar dem im Weltkrieg feindlich gewesenen Oesterreich gewährt worden sei.

Die Pläne der Reichsbahn.

Abgelehnte, aber tatsächliche Zuschlagsabsichten.

Dieser Tage brachten wir die Mitteilung, daß die Reichsbahngesellschaft durch Einführung von Zuschlägen auf Eil- und beschleunigte Personenzüge und Verdoppelung der Schnellzugszuschläge eine Tarifierhöhung ab 1. April 1926 plane. Die Reichsbahnhauptverwaltung ließ dagegen durch WTB ein lautes Dementi los.

In Wirklichkeit ist dieses Dementi ein — „Dementi“. Am 3. Februar wurde im Haushaltsausschuß des Reichstags die Finanz- und Personalpolitik der Gesellschaft einer scharfen Kritik unterzogen. Alle Parteien waren sich in dieser Kritik einig. Am 4. Februar, also einen Tag später — nicht wie WTB meldet: „seinerzeit habe sich die Gesellschaft mit dieser Forderung um Erhöhung der Tarife an die Reichsregierung gewendet“ — erläßt die Hauptverwaltung eine Verfügung 15 p. Nr. 142, unterzeichnet Dejer, in welcher die Sätze aufgeführt sind, die der „Vorwärts“ brachte.

Die Verfügung schließt ab mit folgendem Satz: „Die Reichsbahndirektionen wollen die erforderlichen Vorbereitungen sofort einleiten und so fördern, daß die Maßnahmen nötigenfalls am 1. April d. J. bestimmt durchgeführt werden können. Von einer Bekanntgabe der vorbereiteten Maßnahmen durch die Presse usw. ist zunächst abzusehen.“

Darüber hinaus erfahren wir, daß sich Reichsverkehrsministerium und Hauptverwaltung der Reichsbahn im Augenblick darüber streiten, ob die geplante Maßnahme der Reichsbahn eine Tarifierhöhung sei oder nicht. Die Reichsbahn sagt „nein“, das Reichsverkehrsministerium sagt „ja“. Hieraus ist zu ersehen, was von dem „Dementi“ der Reichsbahngesellschaft zu halten ist.

Belebung des Exports nach Sowjetrußland

Eine Vorlage im Haushaltsausschuß.

In der Sonnabend Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt sollte eine Vorlage des Wirtschaftsministeriums wegen Uebernahme einer Verkaufsgarantie des Reiches für nach Sowjetrußland abgeschlossene Ausfuhrgeschäfte beraten werden, die auf Grund des Etatsgesetzes direkt an den Haushaltsausschuß gelangt war. Sinn und Zweck der Vorlage ist, „zusätzliche“ Geschäfte zu ermöglichen, d. h. solche, die ohne die Verkaufsgarantie nicht oder schwerlich mit deutschen Liefer-

firmen zustandekommen würden. Gegenstand der Geschäfte müssen in Deutschland hergestellte Fabrikate sein.

Von mehreren Fraktionen wurde der Vortrag widerprochen. Man müsse zunächst feststellen, ob die Vorlage ohne besonderes Gesetz lediglich auf Grund des Etatsgesetzes durch den Haushaltsausschuß verabschiedet werden dürfe, und es sei auch notwendig, für die weittragende und in ihren Konsequenzen noch nicht genügend geklärt Vorlage weitere Unterlagen zu erhalten. Man einigte sich schließlich dahin, die Vorlage in einem Unterausschuß vorzubereiten zu lassen und die Entscheidung in der für Donnerstag, den 25. Februar, anberaumten Sitzung des Ausschusses zu treffen.

Ein reaktionärer Vorstoß.

Deutschnationaler Antrag auf Schwächung der Macht des Reichstags.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, einen Ausschuß von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Reichsverfassung auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen einer Revision unterzieht, und zwar unter anderem in der Richtung:

1. daß Artikel 84 aufgehoben oder mindestens im Sinne der Stärkung der Regierungsgewalt wesentlich abgeändert wird,

2. daß neben dem Reichstag als nicht gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung eine Körperschaft eingesetzt wird, deren Mitglieder nicht im Wege allgemeiner und direkter Wahlen bestellt werden

Der Artikel 84 der Reichsverfassung bestimmt: Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihnen der Reichstag auf Beschluß sein Vertrauen entzieht.

Georg Friedrich Knapp.

In Darmstadt gestorben.

Der berühmte Volkswirtschaftslehrer und Historiker Georg Friedrich Knapp ist, fast 84 Jahre alt, in Darmstadt gestorben. Knapp war als Sohn des bekannten Chemikers Ludwig Friedrich Knapp in Siegen geboren, hatte in München, Berlin und Göttingen Nationalökonomie und Statistik studiert, wurde 1867 Direktor des statistischen Amtes der Stadt Leipzig, erhielt zwei Jahre später die außerordentliche Professur für Nationalökonomie und Statistik an der dortigen Universität und folgte 1874 einem Ruf als ordentlicher Professor derselben Lehrfächer nach Straßburg. Als überaus fruchtbarer statistischer Schriftsteller hat Knapp besonders Fragen der Moraltatistik, des Bevölkerungswachstums und der Sterblichkeitsmessung behandelt. Seinen Ruhm verdankt er aber dem grundlegenden historischen Werk „Bauernebreitung in Preußen“ (1887). In den vier Bänden „Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit“ (als Buch 1891 erschienen) behandelte er den Ursprung der Sklaverei in den Kolonien, die bäuerliche Selbstbesitzenschaft im Osten, die Erbuntertänigkeit in der kapitalistischen Wirtschaft und die Landarbeiter in der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung. Seine Untersuchung über die staatliche Theorie des Geldes rief seinerzeit eine lebhafteste Diskussion hervor.

Der Präsident der Reichsgetreidestelle gestorben. Der Präsident der Reichsgetreidestelle, Metz, ist im Alter von 43 Jahren am heutigen Sonnabend gegen 4 Uhr früh an den Folgen des Schlaganfalls, den er gestern plötzlich im Reichstage im Anschluß an eine Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses erlitt, gestorben. Präsident Metz hatte bis in die späten Nachmittunden das Bewußtsein nicht wieder zurückerlangt, und heute früh mußte der behandelnde Arzt den Tod feststellen. Präsident Metz, der in Bayreuth geboren ist, ging aus dem bayerischen Finanzdienst hervor, trat dann in den Kolonialdienst über und war bis zum Kriegsausbruch Bezirkskommandant auf den Marshallinseln. Nach einer kurzen Dienstzeit beim Reichsernährungsministerium wurde Präsident Metz im Jahre 1921 zum Leiter der Reichsgetreidestelle ernannt.

Rekordfleischpreis der französischen Franks. Das englische Pfund ist an der Pariser Börse auf 136, der Dollar auf 28 Franc gestiegen.

Kalifenresidenz des 9. Jahrhunderts.

Nördlich von Bagdad liegt am Tigrisufer heute die kleine Sandstadt Samarra, die eine Anzahl schitternder Heiligtümer birgt und die daher noch für die Angehörigen einiger Wüstenvölker Bedeutung hat. Aber weit über ihr Gebiet hinaus erstrecken sich die Ruinen des einstigen Samarra, das im Jahre 833 von einem Sohne Harun al Raschids gegründet wurde und eine Ausdehnung von 33 Kilometer hatte, also etwa so lang war, wie der Weg von Potsdam nach Berlin. Diese weitläufige Kalifenstadt, deren Trümmer noch erkennen lassen, daß alle Berichte von dem orientalischen Prunk, den uns die Märschen aus 1001 Nacht schildern, auf Wahrheit beruhen, hat nur etwa ein halbes Jahrhundert bestanden. Dann wurde sie von den Bewohnern wieder verlassen, und der Flugland der Wüstengebiete hüllte sie mehr und mehr ein, während Wind und Wetter die Lehmziegel der Häuserwände, soweit sie unverstümmelt blieben, rasch verfallen ließen. Nur die gebrannten Tonziegel der Paläste und Moscheen trotzten den Angriffen der Witterung, und manche Mauer davon überragt noch heute die verfallene Stadt als Wahrzeichen ihrer einstigen Größe.

Ueber diese untergegangene Kalifenresidenz sprach im Rahmen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft Professor Dr. Sarre, der gemeinsam mit Professor Ernst Herzfeld die beiden mesopotamischen Expeditionen 1907 bis 1908 und 1911 bis 1913 unternommen hatte. Er schilderte die riesigen Palastanlagen inmitten der Stadt und führte sie rekonstruiert in Lichtbildern vor. Von Professor Herzfeld gezeichnete Grundrisse ließen erkennen, daß die eigentlichen Wohngebäude der Herrscher und ihrer Umgebung von Kasernenanlagen, Schatzhäusern, Egerzierplätzen, Rennbahnen und Tierparcs umfaßt wurden. Selbst ein weiter Grund für Polo, das ja eigentlich ein persisches Nationalspiel ist, fehlte hier nicht. Der Hauptpalast des Kalifen mißt so mit allen Anlagen über einen Kilometer Länge.

Interessant sind dann vor allem die Moscheen, deren die Stadt zwei aufzuweisen hatte. Die große der Mutawakkil hat einen besonders charakteristischen Gebetraum, der auf runder Basis als aufsteigende, fünfmal gewundene Spirale erhebt und sich nach oben zu stark verjüngt. Auch die kleinere Moschee zeigt ein ähnliches Minarett, nur in weniger ausgeprägter Gestalt. An den Innenwänden der Moscheen aber wie in Palästen und Wohnhäusern finden sich etwa einen Meter hohe Stuckreliefs, die man entweder in Gips mittels Holzformen auftrug und die dann regelmäßig wiederkehrende flächenfüllende Ornamente zeigen, oder die mit der Hand hergestellt wurden und dann stark auf Tiefenwirkung, auf das Nebeneinander von schwarz-weiß berechnet sind. In diesem Falle sind die Füllungen natürlich weit abwechslungsreicher und stellen oft bis zur Unkenntlichkeit stilisierte Tier- und Pflanzenformen, unter denen sich besonders häufig das Weinblatt und die Traube wiederholen, dar. Die darüber befindliche, stets fensterlose Wandfläche zeigt dann aber in den Palästen Malereien, die bekunden, daß die Kalifen sich nicht an das Karverbot, keine Abbildungen von Geschöpfen und Dingen zu schaffen, hielten. Man sieht hier herabsehende Jagdzügel, Giraffen von Samojeden und Ähnliches.

Die Skulpturen der Ausgrabungen beweisen wie die Baukunst die künstlerisch und technisch hohe Kultur dieser so rasch verfallenen Stadt. Doch neben den einheimischen Akkadern interessieren

besonders solche aus Ostafrika, die man zahlreich unter den Palastrümmern fand, und die beweisen, daß zwischen Ost- und Vorderasien ein reger Tauschhandel bestanden haben muß. Selbst ägyptisches Porzellan, das bisher erst aus weit späterer Zeit bekannt war, wurde hier gefunden.

Professor Dr. Sarre wies am Schluß seiner interessanten Ausführungen auf den augenblicklichen Stand der wissenschaftlichen Bearbeitungen dieser kulturell so wichtigen Funde hin. Zu den bereits erschienenen zwei Samarra-Bänden, die den Wandmalmalereien der Bauten und seine Ornamente und die Keramik behandeln, sollen sich bald zwei weitere gesellen über die Wandmalereien und über das Glas und die sonstigen Kleinfunde. Außerdem befinden sich zahlreiche Abgüsse, photographische Aufnahmen und Kleinfunde bereits dem Publikum zugänglich im Samarra-Saal in der Ägyptischen Abteilung des Kaiser-Friedrich-Museums.

Revue ohne nackte Beine. Nachdem sich herausgestellt hat, daß auch mit Nachvorstellungen den Kassen der Theater nicht auf die Beine zu helfen ist, so hat Herr Tagger den Entschluß, seinerseits dieselbe Sache im Renaissance-Theater zu probieren. Wenn die anderen müde ins Bett steigen, beginnt dort „Laterna Magica“, auch eine Revue, wie Friedrich Holländer seinen Scharz nennt. Das künstlerische Bedürfnis befriedigt Holländer nicht wie in den sonst gewohnten Revuen durch graziös ausgelegene Mädchen, sondern durch Wit, Saune und spielerischen Lieberwitz. Die „Laterna Magica“ ist eine Art improvisierter Kabarettvorstellung mit vorwiegend parodistischer Note. Das Renaissance-Theater hat es schwerer als die Kabarettis, weil hier mangels des Beimgemisches während der Vorstellung sich nicht die Verbindung zwischen Partett und Bühne automatisch herstellt. Den paar Schauspielern gelingt es aber, das Publikum in außerordentlichste Stimmung zu bringen. Im Laufe der Zeit werden einige allzu kindliche Bilder ausgemerzt werden und einige neue lustige Einfälle die wichtige Angelegenheit beleben. Alle Mitwirkenden hatten Anteil am Erfolg der Nacht. Vorweg zu nennen sind Eribert Wäcker, Valasca Geri, v. Iwardowski, Herbert Jernit, Blaudine Ebinger und Annemarie Haase.

Prof. James Israel, der berühmte Chirurg, ist heute früh im 79. Lebensjahre nach langer Krankheit gestorben. Er war geborener Berliner, hatte hier, sowie in Wien, London und Edinburgh studiert und wurde Assistent des großen Langenbeck, nach dessen Tode er die Leitung der chirurgischen Abteilung am Jüdischen Krankenhaus übernahm. Sowohl als Forscher wie als praktischer Chirurg genoss Israel einen Ruf, der weit über Deutschlands Grenzen hinausging. Durch seine Arbeiten über die Strohblaspilzkrankheit und durch seine Tätigkeit auf dem Gebiet der Nierenchirurgie hat er bahnbrechend gewirkt.

10 Millionen Dollar für ein Museum. Als die größte Summe, die jemals für die Pflege der Wissenschaft und Kunst gestiftet worden ist, können die 10 Millionen Dollar gelten, die der jüngere Sohn D. Kodeler König Juud und dem ägyptischen Volk für den Bau eines neuen Museums in Kairo und für die Errichtung eines archäologischen Instituts in einem besonderen Gebäude gestiftet hat. Der bekannte amerikanische Ägyptologe Dr. James H. Breasted

überreichte König Juud einen Brief, in dem Kodeler diese Stiftung mitteilt. Breasted erklärte, Kodeler habe erfahren, in wie unzulänglicher Weise die unergieblichen Monumente und Schätze der altägyptischen Kultur in Kairo aufbewahrt wurden und er wolle dazu beitragen, diesen ältesten Denkmälern der menschlichen Kultur eine würdige Stätte zu verschaffen. Auch die weitere Erforschung der Kultur dieses „ältesten Kulturvolkes“ soll durch das „jüngste Kulturvolk“ in unvollkommenem Maße gefördert werden. Nach dem Urteil der Sachverständigen wird es möglich, mit diesen gewaltigen Mitteln in Kairo ein Museum zu schaffen, das in seiner Art das großartigste der Welt werden dürfte.

Lärmprobe im scheidenden Parlament. Der Saal des Rudolfinums in Prag diente früher den schönsten Konzerten, jetzt wird er oft von den weniger melodischen Stürmen der Opposition erfüllt, die er zur Beratungsstätte des Abgeordnetenhauses geworden ist. Durch frühere Erfahrungen gemahnt, hat man zur neuen Session an der Stirnwand des Saales sieben Lautsprecher angebracht, die mit Mikrophonen am Rederpult und am Präsidententisch verbunden sind und auch beim stärksten Lärm verhindern sollen, daß Redner und Präsident vollkommen unverständlich werden. Am Tage vor der Eröffnungssitzung veranstaltete das Präsidium eine Lärmprobe. Die Beamten und Angestellten des Hauses, über zweihundert an der Zahl, mußten die Bänke der Abgeordneten besetzen, und während zwei Beamte abwechselnd in die Mikrophone hineinsprachen, sollte Lärm machen, als sie konnten. Trotzdem blieben die „Redner“ verständlich. In der Eröffnungssitzung selbst aber nutzten auch die Lautsprecher nichts. Wahrscheinlich hat das Personal des Abgeordnetenhauses, das natürlich nur aus Tschechen besteht, doch nicht jene Rücksichtslosigkeit gegenüber der obersten Vertretung ihres Staates aufgebracht wie die nicht-tschechischen Parteien samt den Kommunisten, die am Dienstag Herrn Benesch vollkommen niedergeschrien haben.

Gesamtvorlesungen der Woche. Dienst. Tribüne: „Der entsetzte Bolon“. — Donnerst. Redibenz: „Zs. „Popple“. — Sonnab. Städtische Oper: „Bique-Dame“. — Mont. Central: „Oba Bonheur“.

Kranke Vorleser. Mont. (7 u. 9). Dienst. bis Sonnab. (8 u. 9). Sonnab. (8, 7, 9): „Die Wähe am Meer“. — Donnerst. (7): „Die Wähe am Meer“ (Wohltätigkeitsveranstaltung der Frauenhilfe). — Sonnab. (7): „Die weiße Rabie“.

Die Langgruppe Mary Wigman wird nach dem großen Erfolg, den ihre neuen Konzerte gefunden haben, mit dem gleichen Programm noch drei Auftritte veranstalten, die zu populären Freisen am 1. 2. und 3. März im Theater des Schenck stattfinden werden.

Der Sturm. Erste Fabel in der Kunstausstellung Der Sturm. Feldbamer Str. 184a, ein Kompositionsbild von Rudolf Keti Kati. Auswärtige: Das Wiener Erntedankfest, Emma von Sietten (Gefang), Leopold Klinger (Kaiser).

Das leuchtende München. Am Freitag abend kam es in den Münchener Kammertheater endlich einer Aufführung des Lustspiels „Der irische Gelehrte“, das bei seinen librettistischen Ausführungen seinen Reiz gefunden hatte, zu großen Enttäuschungen, die im zweiten Akt sich besonders durch „Wit“ und „Witz“ und durch die bis zum Schluß der Vorstellung reichliche Störungen verurteilten. Die Fülle wurde wiederholt einbrechen und nahm eine Reihe von Auftritten an.

